

Schriften zur Restrukturierung

Karl M. Kulike

Schranken der Kreditübertragung auf Loan-to-Own-Investoren



Nomos

Schriften zur Restrukturierung

Herausgegeben von

Prof. Dr. Stephan Madaus

Prof. Dr. Bettina Nunner-Krautgasser

Prof. Dr. Christoph G. Paulus, LL.M.

RA Wolfgang Zenker

Band 41

Karl M. Kulike

Schranken der Kreditübertragung auf Loan-to-Own-Investoren



Nomos

Die Open-Access-Veröffentlichung wurde aus Mitteln des Publikationsfonds der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg gefördert.

RINGOLD-ID: 1043

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.
Zugl.: Halle-Wittenberg, Martin-Luther-Univ., Diss., 2025

DE-3 D 3

1. Auflage 2026

© Karl M. Kulike

Publiziert von

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

www.nomos.de

Gesamtherstellung:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-4379-8

ISBN (ePDF): 978-3-7489-7335-5

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748973355>



Onlineversion
Inlibra



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Vorwort

Die Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg hat diese Arbeit als Dissertationsschrift angenommen. Am 12.11.2025 haben die öffentliche Verteidigung und die wissenschaftliche Aussprache stattgefunden. Rechtsprechung und Literatur sind auf dem Stand der Einreichung der Arbeit im September 2024 berücksichtigt. Die Änderungen durch das Fondsrisikobegrenzungs-gesetz vom 9.4.2026 konnten für die Druckfassung noch eingearbeitet werden.

Besonderer Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Stephan Madaus, der mir bei der Erstellung dieser Arbeit alle Freiheiten gewährt und mich zugleich in allen Belangen unterstützt hat. Herr Professor Dr. Dr. h.c. Christoph G. Paulus hat das Amt des Zweitgutachters übernommen, worüber ich mich sehr gefreut habe und wofür ich ihm ausdrücklich danken möchte.

Die Graduiertenförderung des Landes Sachsen-Anhalt hat mir die Arbeit an dem Manuskript in Vollzeit ermöglicht, die Stiftung Unternehmensfinanzierung und Kapitalmärkte für den Finanzstandort Deutschland hat die Druckkosten bezuschusst, und der Publikationsfonds für Monografien der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg hat die Open-Access-Veröffentlichung gefördert. Für all diese großzügige Unterstützung bin ich überaus dankbar.

Für das sorgfältige Lesen sämtlicher Entwürfe und seine konstruktive Kritik, die beide zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben, danke ich herzlich Paul Corleis. Den größten Dank schulde ich meiner Mutter, Cornelia Hösl-Kulike, und meiner Frau, Soline Kulike, für ihre Geduld und ihre Ungeduld – beides war nötig, damit diese Arbeit ihren Abschluss finden konnte.

Kronberg im Taunus, im Sommer 2026

Karl M. Kulike

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	11
Abkürzungsverzeichnis	35
Einleitung	61
A. Der Ausschluss der Abtretung an Loan-to-Own-Investoren und das Verbot der cessio in potentiore	61
B. Ziel der Untersuchung	62
C. Gang der Untersuchung	63
D. Methoden der Untersuchung	64
Kapitel 1: Die Vorfragen zu den Schranken der Kreditübertragung auf Loan-to-Own-Investoren	67
§ 1 Die Definitionen für die weitere Untersuchung	69
A. Kredit und Ausplatzierung als Oberbegriffe	69
B. Aufsichts- und zivilrechtliche Definitionen notleidender Kredite	71
§ 2 Das Loan-to-Own im Überblick	81
A. Begriffe für Übernahmestrategien auf Basis von Forderungen	82
B. Loan-to-Own-Investoren und deren Strategie	87
C. Loan-to-Own als forderungsherrschaftsbasierte Übernahme	97
D. Ergebnis	164

§ 3 Die Ausplatzierung eines Kredits	167
A. Retrospektive zum Begriff der Forderung und deren Übertragbarkeit	168
B. Grundzüge des Konsortialkredit- und Schuldscheindarlehengeschäfts	186
C. Übertragungswege bei der Ausplatzierung eines Kredits	198
D. Ergebnis	227
Kapitel 2: Die Schranken der Kreditübertragung auf Loan-to-Own-Investoren	229
§ 4 Die bankenaufsichts- und kapitalanlagerechtliche Regulierung der Gelddarlehensgewährung	235
A. Gelddarlehensgewährung i. S. d. § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 Alt. 1 KWG	236
B. Die Bereichsausnahmen gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 3b–3e KWG	240
C. Kapitalanlagerechtliche Regulierung der Kreditvergabe	243
D. Erlaubnispflicht gemäß § 32 KWG als Verbotsgesetz i. S. d. § 134 BGB?	244
E. Ergebnis	247
§ 5 Das Bankgeheimnis als Schranke der Ausplatzierung	249
A. Inhalt und Rechtsgrundlagen des Bankgeheimnisses	250
B. Verletzung des Bankgeheimnisses bei der Ausplatzierung	256
C. Ergebnis	273

§ 6 Die Gefahrerhöhung als Begründungsansatz einer Rücksichtspflicht zur Unterlassung der Kreditübertragung auf Loan-to-Own-Investoren	275
A. Das Verbot der cessio in potiore et die lex Anastasiana	276
B. Meinungsstand zu erwerberbezogenen Übertragungsbeschränkungen	286
C. Maßgaben zur Gewinnung (vertragsnatürlicher) zessionsbeschränkender Rücksichtspflichten	292
D. Vertragsnatürliche zessionsbeschränkende Rücksichtspflichten in Betreff der Kreditübertragung auf einen Loan-to-Own-Investor	299
E. Ergebnis	397
§ 7 Die Gebundenheit der Darlehensgeberrechte gemäß § 399 Alt. 1 BGB	401
A. Historische Entwicklung des Abtretungsausschlusses aufgrund Inhaltsänderung	402
B. Gebundenheit des Bestimmungsrechts an den bezüglich kreditsichernden Informationsanspruch	405
C. Personengebundenheit der Darlehensgeberrechte	408
D. Die Rechtsfolge der absoluten Unwirksamkeit gemäß § 399 BGB	448
E. Ergebnis	451
§ 8 Die AGB-Kontrolle von Weitergabeklauseln	455
A. Berechtigung und Beschränkung der Kreditübertragung in Weitergabeklauseln	456
B. Wirksamkeit formularvertraglicher Weitergabeklauseln	464
C. Rechtsfolgen bei Unwirksamkeit formularvertraglicher Weitergabeklauseln	514
D. Ergebnis	517

Kapitel 3: Die Rechtsfolgen eines Schrankenverstößes: pflichtwidrige Ausplatzierung; Pflichtverletzung nach rechtmäßiger Ausplatzierung	519
§ 9 Die Rechtsfolgen pflichtwidriger Ausplatzierung durch den Darlehensgeber	521
A. Rechtsfolgen pflichtwidriger Ausplatzierung im Falle der Abtretung	521
B. Rechtsfolgen pflichtwidriger Ausplatzierung im Falle der Ausgründung und im Falle der Vertragsübernahme	543
C. Ergebnis	551
§ 10 Die Rechtsfolgen einer Pflichtverletzung durch den Zessionar nach rechtmäßiger Ausplatzierung	555
A. Verantwortlichkeit des Darlehensgebers für den Zessionar gemäß § 278 Satz 1 Alt. 2 BGB	555
B. Pflichten des Zessionars gegenüber dem Darlehensnehmer	561
C. Ergebnis	580
Zusammenfassung	583
A. Kapitel 1: Die Vorfragen zu den Schranken der Kreditübertragung auf Loan-to-Own-Investoren	583
B. Kapitel 2: Die Schranken der Kreditübertragung auf Loan-to-Own-Investoren	587
C. Kapitel 3: Die Rechtsfolgen eines Schrankenverstößes: pflichtwidrige Ausplatzierung; Pflichtverletzung nach rechtmäßiger Ausplatzierung	596
Schluss	603
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	605
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Quellen des Internets	677

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	35
Einleitung	61
A. Der Ausschluss der Abtretung an Loan-to-Own-Investoren und das Verbot der cessio in potentiorem	61
B. Ziel der Untersuchung	62
C. Gang der Untersuchung	63
D. Methoden der Untersuchung	64
Kapitel 1: Die Vorfragen zu den Schranken der Kreditübertragung auf Loan-to-Own-Investoren	67
§ 1 Die Definitionen für die weitere Untersuchung	69
A. Kredit und Ausplatzierung als Oberbegriffe	69
B. Aufsichts- und zivilrechtliche Definitionen notleidender Kredite	71
I. Aufsichtsrechtliche Definition notleidender Kredite, § 2 Abs. 18 KrZwMG	72
1. Einstufung einer Risikoposition als notleidend i. S. d. Art. 47a CRR	72
2. Geltung des Kreditzeitmarktgesetzes nur für 90 Tage überfällige und gekündigte Kredite?	75
3. Keine Regelung privatrechtlicher Schranken der Kreditübertragung durch das Kreditzeitmarktgesetz	76
II. Zivilrechtliche Definition notleidender Kredite; Abgrenzung ungestörter und ausfallgefährdeter Kredite	77

§ 2 Das Loan-to-Own im Überblick	81
A. Begriffe für Übernahmestrategien auf Basis von Forderungen	82
I. Oberbegriffe für Übernahmestrategien auf Basis von Forderungen	82
II. Unterbegriffe für Übernahmestrategien auf Basis von Forderungen	84
1. Begriffe für Übernahmestrategien auf Basis derivativ erworbener Forderungen	84
2. Begriffe für Übernahmestrategien auf Basis originär erworbener Forderungen	86
B. Loan-to-Own-Investoren und deren Strategie	87
I. Loan-to-Own als aktive und kontrollorientierte Debt-Investment-Strategie	87
II. Loan-to-Own-Investoren	88
III. Loan-to-Own auf Kosten der Gesellschafter	90
1. Wertverschiebung auf Kosten der Gesellschafter	90
2. Fehlende Schutzwürdigkeit der Gesellschafter aufgrund einer Pflichtverletzung des Darlehensnehmers?	93
3. Loan-to-Own als Alternative zur Insolvenz?	94
C. Loan-to-Own als forderungsherrschaftsbasierte Übernahme	97
I. Covenants im Überblick	99
1. Hintergrund und Zwecke von Covenants	99
2. Arten von Covenants	100
a) Financial-Covenants	101
b) General-Covenants	101
c) Information-Covenants	103
II. Das Kündigungsrecht infolge Covenantverstoßes als Herrschaftsmittel	106
III. Maßnahmen zur Vorbereitung einer forderungsbasierten Übernahme und deren mittelbar-faktische Begrenzung durch das Gesellschafterdarlehensrecht	108
1. Maßnahmen zur Vorbereitung einer forderungsbasierten Übernahme	110
a) Sicherung der Unterstützung durch das Management	110

b) Förderung künftiger Covenantverstöße	111
c) Erhöhung des Drohpotenzials durch Vorsorge für eine verfahrensrechtliche Übernahme	113
2. Mittelbar-faktische Begrenzung von Maßnahmen zur Vorbereitung einer forderungsbasierten Übernahme durch das Gesellschafterdarlehensrecht	116
a) Keine Unerlässlichkeit variabler Erlösbeteiligung für eine gesellschaftergleiche Stellung	119
aa) Eine Ansicht: Einfluss als hinreichende Bedingung	120
aaa) Herrschende Unteransicht: Erfordernis einer ausgeprägten Einflussmöglichkeit	120
bbb) Servatius' Ansicht: Erfordernis tatsächlicher Einflussnahme	122
bb) Andere Ansicht: Einfluss und variable Erlösbeteiligung als notwendige Bedingungen – kumulativer Doppeltatbestand	124
cc) Vermittelnde Position des IX. Zivilsenats im Doppeltreuhand-Urteil – keine Unerlässlichkeit variabler Erlösbeteiligung	127
aaa) Sachverhaltsdarstellung des Doppeltreuhand-Falles	129
bbb) Anhaltspunkte im Doppeltreuhand- Urteil gegen die Unerlässlichkeit variabler Erlösbeteiligung nach Auffassung des IX. Zivilsenats	134
(1) Anhaltspunkte im abstrakten Teil des Doppeltreuhand-Urteils	134
(a) Die Ausführungen des IX. Zivilsenats zum Grund der Subordination von Gesellschafterdarlehen und zur Auslegung des § 39 Abs. 5 InsO	135

(b)	Der Ansatz des IX. Zivilsenats: Bestimmung eines gesellschaftergleichen Dritten anhand eines Dreifachtatbestandes im Gesamtvergleich	136
(2)	Anhaltspunkte im Subsumtionsteil des Doppeltreuhand-Urteils	137
(a)	Die Ausführungen des IX. Zivilsenats zur Gewinnbeteiligung der Banken und die fortgesetzte Prüfung des Dreifachtatbestandes	138
(b)	Der Gesamtvergleich als Annex zum Dreifachtatbestand	139
dd)	Stellungnahme: Vorzugswürdigkeit der vermittelnden Sichtweise	139
b)	Erforderlicher Einfluss für eine gesellschaftergleiche Stellung	141
aa)	Erforderliche Quantität des Einflusses	142
bb)	Erforderliche Qualität des Einflusses	143
aaa)	Mittelbar schuldvertragliche Beteiligungsrechte	144
(1)	Eine Ansicht: Geeignetheit mittelbar schuldvertraglicher Beteiligungsrechte	144
(2)	Andere Ansicht: Ungeeignetheit mittelbar schuldvertraglicher Beteiligungsrechte	145
(3)	Vermittelnde Ansicht: Geeignetheit mittelbar schuldvertraglicher Beteiligungsrechte unter zusätzlichen Voraussetzungen	146

(4) Stellungnahme: Vorzugswürdigkeit einer vermittelnden Sichtweise	147
bbb) Ausgeübte faktische Einwirkungsmacht	147
(1) Herrschende Meinung: Ungeeignetheit ausgeübter faktischer Einwirkungsmacht	147
(2) Andere Ansicht: Geeignetheit ausgeübter faktischer Einwirkungsmacht	149
(3) Begründung der Geeignetheit ausgeübter faktischer Einwirkungsmacht	151
(a) Keine fehlende Basis für einen Vergleich mit der Stellung eines Gesellschafters	152
(b) Keine inakzeptable Rechtsunsicherheit	152
c) Maßnahmen zur Vorbereitung einer forderungsbasierten Übernahme im Lichte einer gesellschaftergleichen Stellung	155
aa) Share-Pledges	156
bb) Information-Covenants	157
cc) Ausübung mittelbar schuldvertraglicher Beteiligungsrechte	158
dd) Einflussnahme auf die Organbestellung mittels Forderungsherrschaft	160
d) Ergebnis	161
IV. Umsetzung der Übernahme: Debt-Equity-Swap und weitere Gestaltungen	163
D. Ergebnis	164

§ 3 Die Ausplatzierung eines Kredits	167
A. Retrospektive zum Begriff der Forderung und deren Übertragbarkeit	168
I. Römischrechtliche Tradition	168
1. Ausgangspunkt: Unübertragbarkeit der Forderung	168
2. Hilfskonstruktionen zur Übertragung der Forderung	171
II. Wiederbelebung des Unübertragbarkeitsdogmas bei den Glossatoren	173
III. ius ad rem – die obligatio als Recht zur Sache	174
IV. Von der spanischen Spätscholastik zum naturrechtlichen Forderungsbegriff	175
V. Mühlenbruchs Ausübungslehre und deren Überwindung	177
VI. Forderungszession im Bayerischen Entwurf und im Bürgerlichen Gesetzbuch für das Königreich Sachsen	180
VII. Forderungszession im gesamtdeutschen Entwurf von 1877	181
VIII. Diskussion des Forderungsbegriffes nach Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches	184
IX. Fazit: Doppelnatur der Forderung	185
B. Grundzüge des Konsortialkredit- und Schuldscheindarlehengeschäfts	186
I. Das Konsortialkreditgeschäft	186
1. Ökonomischer Hintergrund	187
2. Echter und unechter Konsortialkredit	188
3. Konstituierung des Konsortiums: Club- und Syndicated-Loans	191
II. Das Schuldscheindarlehengeschäft	194
1. Schuldscheindarlehen: Bindeglied zwischen Konsortialkredit und Anleihe	194
2. Die Abwicklung des Schuldscheindarlehenvertrages	197

C. Übertragungswege bei der Ausplatzierung eines Kredits	198
I. Ausplatzierung durch Einzelrechtsübertragung	199
1. Kein Übergang kreditsichernder Informationsansprüche analog § 401 Abs. 1 BGB	201
a) Vergleich kreditsichernder Informationsansprüche mit Hilfsauskunftsansprüchen	202
b) Regelungslücke: anfängliche bewusste Lücke	203
c) Vergleichbare Interessenlage	204
aa) Hinreichender Abhängigkeitsgrad	205
bb) Teleologische Folgenbetrachtung	205
aaa) Vorfrage: Disponibilität des § 401 Abs. 1 BGB	206
(1) Begründung der Disponibilität des § 401 Abs. 1 BGB	207
(2) Zwischen- und Folgeüberlegungen	209
bbb) Teleologische Frage: Wollen Darlehensgeber und Zessionar typischerweise den Übergang des Informationsanspruches?	211
(1) Trennung von Informationsanspruch und Hauptforderung – kein Erlöschen analog § 1250 Abs. 2 BGB	211
(2) Teilabtretung der Hauptforderung – Unteilbarkeit des Informationsanspruches	212
d) Ergebnis	214
2. Übergang forderungsbezogener Gestaltungsrechte analog § 401 Abs. 1 BGB	214
a) Übergang des Bestimmungsrechts bei einem ermessensabhängigen Informationsanspruch	215
b) Kein Übergang des Rechts zur Darlehenskündigung	218
II. Ausplatzierung durch Vertragsübernahme	219
1. Die rechtsgeschäftliche Vertragsübernahme	221
2. Einwilligung des Darlehensnehmers in die Vertragsübernahme	222

III. Ausplatzierung durch umwandlungsrechtliche Gestaltung	224
1. Ausgründung, § 123 Abs. 3 Nr. 2 UmwG	224
2. Auf die dingliche Seite begrenzter Vorteil umwandlungsrechtlicher Ausplatzierung	225
D. Ergebnis	227
Kapitel 2: Die Schranken der Kreditübertragung auf Loan-to-Own-Investoren	229
§ 4 Die bankenaufsichts- und kapitalanlagerechtliche Regulierung der Gelddarlehensgewährung	235
A. Gelddarlehensgewährung i. S. d. § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 Alt. 1 KWG	236
B. Die Bereichsausnahmen gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 3b–3e KWG	240
C. Kapitalanlagerechtliche Regulierung der Kreditvergabe	243
D. Erlaubnispflicht gemäß § 32 KWG als Verbotsgesetz i. S. d. § 134 BGB?	244
E. Ergebnis	247
§ 5 Das Bankgeheimnis als Schranke der Ausplatzierung	249
A. Inhalt und Rechtsgrundlagen des Bankgeheimnisses	250
I. Die öffentlich-rechtliche Dimension des Bankgeheimnisses	250
II. Das Bankgeheimnis als Gewohnheitsrecht	252
III. Das Bankgeheimnis als Rücksichtspflicht gemäß § 241 Abs. 2 BGB	253
IV. Das Bankgeheimnis in den AGB der Banken und Sparkassen	254
B. Verletzung des Bankgeheimnisses bei der Ausplatzierung	256
I. Unmittelbare und mittelbare Verletzungen des Bankgeheimnisses	258
1. Unmittelbare Verletzung des Bankgeheimnisses vor dem Gläubigerwechsel	258
2. Unmittelbare Verletzung des Bankgeheimnisses nach dem Gläubigerwechsel	260

3. Mittelbare Verletzung des Bankgeheimnisses durch den Gläubigerwechsel	262
a) Kreditsichernder Informationsanspruch: Verpflichtung zur Selbstschädigung	262
b) Geldforderung: Entstehen der Auskunftspflicht nach § 402 Alt. 1 BGB	264
II. Teilweise Einschränkung des Bankgeheimnisses bei einem notleidenden Kredit	264
1. Keine Einschränkung aufgrund Vertragsuntreue des Darlehensnehmers	265
2. Teilweise Einschränkung des Bankgeheimnisses aufgrund überwiegender Schutzwürdigkeit der Bank	266
III. Das Bankgeheimnis – kein Verbotsgesetz i. S. d. § 134 BGB	269
1. Kein gewohnheitsrechtliches Verbotsgesetz i. S. d. § 134 BGB	270
2. Kein strafrechtlicher Schutz des Bankgeheimnisses nach § 203 StGB	270
a) Privatrechtliche Kreditinstitute, § 203 Abs. 1 StGB	271
b) Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute, § 203 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Alt. 1 StGB	271
C. Ergebnis	273
§ 6 Die Gefahrerhöhung als Begründungsansatz einer Rücksichtspflicht zur Unterlassung der Kreditübertragung auf Loan-to-Own-Investoren	275
A. Das Verbot der cessio in potestorem und die lex Anastasiana	276
I. Das Verbot der cessio in potestorem	276
1. Das Verbot der cessio in potestorem im römischen Recht	276
2. Tatbestandsrestriktionen und Bedeutungsverlust des Verbots der cessio in potestorem im usus modernus und im 19. Jahrhundert	278
3. Aufgabe des Verbots der cessio in potestorem in den Gesetzen und Entwürfen der Länder	279

II. Die lex Anastasiana im römischen Recht, deren Rezeption und Überwindung	281
III. Fazit	285
B. Meinungsstand zu erwerberbezogenen Übertragungsbeschränkungen	286
I. Übertragungsbeschränkungen in Abhängigkeit von der Person des Erwerbers	286
1. Keine Kreditübertragung auf Konkurrenten	287
2. Keine Kreditübertragung auf Finanzinvestoren und weitere Beschränkungen	287
II. Pflicht des Darlehensgebers zur sorgfältigen Auswahl des Zessionars	288
1. Meinungsstand zur Pflicht zur sorgfältigen Auswahl des Zessionars	288
2. Begründung einer Pflicht zur sorgfältigen Auswahl des Zessionars	289
III. Exkurs: Verbot isolierter Abtretung einer Sicherungsgrundschuld	291
C. Maßgaben zur Gewinnung (vertragsnatürlicher) zessionsbeschränkender Rücksichtspflichten	292
I. Zessionsbeschränkende Rücksichtspflicht nach dem Inhalt des Schuldverhältnisses gemäß § 241 Abs. 2 BGB	293
II. Vertragsnatürliche zessionsbeschränkende Rücksichtspflicht gemäß § 307 Abs. 2 Nr. 2 Alt. 2 BGB	296
D. Vertragsnatürliche zessionsbeschränkende Rücksichtspflichten in Betreff der Kreditübertragung auf einen Loan-to-Own-Investor	299
I. Ermittlung des Darlehensgeberinteresses an der Kreditübertragung und der damit verbundenen Beeinträchtigungen der Darlehensnehmerinteressen	303
1. Darlehensgeberinteresse an der Kreditübertragung	303
a) Fehlende Berücksichtigungsfähigkeit der Verfügungsfreiheit als solcher	304
b) Besonderes aufsichtsrechtliches Interesse – zessionsbeschränkende Rücksichtspflicht und Anlagegrundsätze nach § 124 VAG	305

c)	Finanzielles Interesse an der Kreditübertragung auf einen Loan-to-Own-Investor	307
aa)	Interesse an der Kreditübertragung	308
bb)	Interesse an der Übertragung auf einen Loan-to-Own-Investor	309
aaa)	Übertragungsinteresse bei einem ungestörten Kredit	310
bbb)	Übertragungsinteresse bei einem ausfallgefährdeten Kredit	311
ccc)	Übertragungsinteresse bei einem notleidenden Kredit	313
d)	Ergebnis	314
2.	Beeinträchtigungen der Darlehensnehmerinteressen durch die Kreditübertragung	316
a)	Beeinträchtigung des derivativen Interesses nur zulässiger Kündigung	318
aa)	Rücksichtspflichtwidrigkeit unzulässiger Kündigung	318
bb)	Interessenbeeinträchtigung durch die Kreditübertragung	321
aaa)	Unsicherheiten bei der Beurteilung der Zulässigkeit der Kündigung	322
bbb)	Begründung einer Gefahrerhöhung mit entscheidungstheoretischen Überlegungen	327
(1)	Gefahrerhöhung und Erwartungswertregel	327
(a)	Höherer Erwartungswert der Kündigung für einen Loan-to-Own-Investor	328
(b)	Niedrigerer Erwartungswert des Stillhaltens für einen Loan-to-Own-Investor	332
(c)	Ergebnis und Folgeüberlegung zur Risikoeinstellung von Banken und Loan-to-Own-Investoren	333

(2) Geringere Risikoaversion als gefährerhöhender Umstand	334
(3) Gefahrerhöhung durch optimistischere Risikoeinschätzung der Unzulässigkeit der Kündigung	334
(a) Optimistischere Risikoeinschätzung der Unzulässigkeit der Kündigung	335
(b) Gefahrerhöhende Wirkung optimistischerer Risikoeinschätzung	336
cc) Ergebnis	338
b) Beeinträchtigung des derivativen Interesses nur berechtigter Informationsverlangen	339
aa) Maßgaben der Billigkeitskontrolle, § 315 Abs. 3 Satz 1 BGB; Billigkeitsgrenzen der Ausübung ermessensabhängiger Informationsrechte	340
bb) Interessenbeeinträchtigung durch die Kreditübertragung	343
aaa) Höhere Gefahr für ein unbilliges Informationsverlangen infolge des Interesses an übernahmee erleichternden Informationen	343
bbb) Höhere Gefahr für ein unbilliges Informationsverlangen infolge des Interesses an einem Covenantverstoß	345
(1) Größeres Interesse an einem Covenantverstoß	345
(2) Gefahrerhöhende Wirkung eines größeren Interesses	346
cc) Ergebnis und weitere Bemerkungen	348
c) Beeinträchtigung des derivativen negativen Äquivalenzinteresses	349
aa) Selbständige Pflicht zur Rücksicht auf das derivative negative Äquivalenzinteresse	351

bb)	Interessenbeeinträchtigung durch die Kreditübertragung	354
aaa)	Voraussetzungen der Gefahr einer Mehr-Bestimmung	355
bbb)	Von einem Loan-to-Own-Investor ausgehende Gefahr für eine Mehr-Bestimmung	355
ccc)	Beweislastumkehr nach den Rechtsgedanken der §§ 613 Satz 2 und 664 Abs. 2 BGB	356
cc)	Ergebnis	357
d)	Beeinträchtigung des derivativen Reputationsinteresses	358
aa)	Rücksichtspflicht auf das Reputationsinteresse	358
bb)	Interessenbeeinträchtigung durch die Kreditübertragung	360
aaa)	Schaffung der Gefahr eines Reputationsschadens durch die Kreditübertragung selbst	360
bbb)	Erhöhung der Gefahr reputationsschädigenden Kreditgeberverhaltens	363
cc)	Ergebnis	365
II.	Gewichtung des Darlehensgeberinteresses an der Kreditübertragung und der damit verbundenen Beeinträchtigungen der Darlehensnehmerinteressen	366
1.	Einflussfaktoren auf die Gewichtung	366
2.	Gewichtung des Darlehensgeberinteresses an der Kreditübertragung	369
a)	Übertragungsinteresse bei einem notleidenden Kredit	370
b)	Übertragungsinteresse bei einem ungestörten Kredit	372
c)	Übertragungsinteresse bei einem ausfallgefährdeten Kredit	373
aa)	Fiktive Gewichtung bezüglich beinahe notleidender Kredite	373

bb) Fiktive Gewichtung bezüglich beinahe ungestörter Kredite	374
3. Gewichtung der Beeinträchtigungen derivativer Darlehensnehmerinteressen	374
a) Beeinträchtigung des derivativen Interesses nur zulässiger Kündigung	376
aa) Gewicht einer unzulässigen Kündigung	376
bb) Gewicht der Beeinträchtigung des derivativen Interesses nur zulässiger Kündigung	379
b) Beeinträchtigung des derivativen Interesses nur berechtigter Informationsverlangen	381
aa) Gewicht unberechtigter Informationsverlangen	381
bb) Gewicht der Beeinträchtigung des derivativen Interesses nur berechtigter Informationsverlangen	383
c) Beeinträchtigung des derivativen negativen Äquivalenzinteresses	384
aa) Gewicht der Beeinträchtigung des negativen Äquivalenzinteresses	385
bb) Gewicht der Beeinträchtigung des derivativen negativen Äquivalenzinteresses	386
d) Beeinträchtigung des derivativen Reputationsinteresses	386
aa) Gewicht der Schädigung der Reputation	387
bb) Gewicht der Beeinträchtigung des derivativen Reputationsinteresses	389
III. Abwägung des Darlehensgeberinteresses an der Kreditübertragung mit den damit verbundenen Beeinträchtigungen der Darlehensnehmerinteressen	391
1. Teilweise vertragsnatürliche Pflichtwidrigkeit der Übertragung eines notleidenden Kredits	391
a) Keine vertragsnatürliche Pflichtwidrigkeit der Übertragung der Zahlungsforderungen	392
b) Keine vertragsnatürliche Pflichtwidrigkeit der Übertragung des Kündigungsrechts	392

c) Vertragsnatürliche Pflichtwidrigkeit des Übergangs des Bestimmungsrechts bezüglich eines kreditsichernden Informationsanspruches	394
2. Vertragsnatürliche Pflichtwidrigkeit der Übertragung eines nicht notleidenden Kredits	396
E. Ergebnis	397
§ 7 Die Gebundenheit der Darlehensgeberrechte gemäß § 399 Alt. 1 BGB	401
A. Historische Entwicklung des Abtretungsausschlusses aufgrund Inhaltsänderung	402
I. Der Abtretungsausschluss aufgrund Inhaltsänderung in den Gesetzen und Entwürfen der Länder	402
II. Der Abtretungsausschluss aufgrund Inhaltsänderung in den Entwürfen zum Bürgerlichen Gesetzbuch	404
B. Gebundenheit des Bestimmungsrechts an den bezüglichen kreditsichernden Informationsanspruch	405
I. Zu den gegenstandsgebundenen Rechten im Allgemeinen	406
II. Zur nachgiebigen Forderungsgebundenheit des Bestimmungsrechts	406
C. Personengebundenheit der Darlehensgeberrechte	408
I. Überblick über die Gruppen personengebundener Forderungen	409
1. Im engeren Sinne höchstpersönliche Forderungen	410
2. Im weiteren Sinne höchstpersönliche Forderungen	411
3. Eigenschafts- und zweckgebundene Forderungen	411
II. Meinungsstand zur Personengebundenheit der Darlehensgeberrechte	412
1. Personengebundenheit der Forderungen gemäß § 488 Abs. 1 Satz 2 BGB	412
2. Personengebundenheit des Rechts zur Darlehenskündigung	413
3. Personengebundenheit kreditsichernder Informationsrechte	414

III. Eigenschafts- und Zweckgebundenheit der Darlehensgeberrechte	415
1. Gebundenheit der Darlehensgeberrechte an die Kreditinstitutseigenschaft?	415
a) Die Kreditinstitutseigenschaft – kein Fall des § 3 Abs. 2 Var. 4 TE-OR	416
b) Der Schutzzweck des Aufsichtsrechts und der Pfandleiher-Fall	417
2. Zweckgebundenheit kreditsichernder Informationsansprüche	418
IV. Darlehensgeberrechte als im weiteren Sinne höchstpersönliche Rechte	419
1. Systematisierung im weiteren Sinne höchstpersönlicher Forderungen	419
a) Die Leistungshandlung als Bezugspunkt der Interessenbeeinträchtigung	420
b) Der Leistungsgegenstand als Bezugspunkt der Interessenbeeinträchtigung	422
2. Eigene Definition im weiteren Sinne höchstpersönlicher Forderungen	423
a) Zessionsbeschränkende Rücksichtspflicht gemäß § 241 Abs. 2 BGB	424
aa) Die besondere Schutzwürdigkeit des Schuldnerinteresses	424
bb) Voraussetzung einer zessionsbeschränkenden Rücksichtspflicht nach dem Inhalt des konkreten Schuldverhältnisses	426
aaa) Umgehungsschutz als Argument für die Voraussetzung einer vertragsnatürlichen zessionsbeschränkenden Rücksichtspflicht?	427
bbb) Verkehrsschutz als Argument für die Voraussetzung einer vertragsnatürlichen zessionsbeschränkenden Rücksichtspflicht?	428

b)	Interessenbeeinträchtigung durch die Leistung an den Zessionar	430
aa)	Grammatische Auslegung: Verknüpfung von Inhaltsänderung und Leistung	432
bb)	Abstraktheit der Elemente des Schuldverhältnisses im weiteren Sinne	433
cc)	§ 799a ZPO und § 354a Abs. 2 HGB als Indiz gegen die sukzessionsbezogene Auslegung	434
dd)	Strukturell erhöhtes Schutzbedürfnis bei der Betroffenheit durch Leistung	438
ee)	Verkehrsschutz: höhere Zuordnungssicherheit bei leistungsbezogener Auslegung	438
3.	Im weiteren Sinne höchstpersönliche Darlehensgeberrechte	441
a)	Keine Höchstpersönlichkeit im weiteren Sinne der Zins- und Rückzahlungsforderungen	442
b)	Höchstpersönlichkeit im weiteren Sinne kreditsichernder Informationsansprüche	443
c)	Höchstpersönlichkeit im weiteren Sinne des Bestimmungsrechts bezüglich eines kreditsichernden Informationsanspruches	444
aa)	Zessionsbeschränkende Rücksichtspflicht, § 241 Abs. 2 BGB	445
bb)	Bezug zwischen Interessenbeeinträchtigung und Leistung	445
d)	Keine Höchstpersönlichkeit im weiteren Sinne des Rechts zur Darlehenskündigung	446
D.	Die Rechtsfolge der absoluten Unwirksamkeit gemäß § 399 BGB	448
E.	Ergebnis	451
§ 8	Die AGB-Kontrolle von Weitergabeklauseln	455
A.	Berechtigung und Beschränkung der Kreditübertragung in Weitergabeklauseln	456
I.	Gegenstandsbezogene Übertragungsregeln	456

II. Personenbezogene Übertragungsregeln	458
1. Mittelbarer Ausschluss von Konkurrenten des Darlehensnehmers	458
2. Ausdrückliche Beschränkungen des Kreises zulässiger Erwerber	459
a) Ausschluss der Übertragung unter Ausnahme bestimmter Erwerber	459
b) Berechtigung zur Übertragung unter Ausnahme bestimmter Erwerber	460
c) Entfall von Zustimmungsvorbehalten bei einer Pflichtverletzung	462
B. Wirksamkeit formularvertraglicher Weitergabeklauseln	464
I. Weitergabeklauseln als AGB	464
II. Kreditgeberseitig gestellte und nicht im Einzelnen ausgehandelte Weitergabeklauseln	465
1. Kreditgeberseitig gestellte Weitergabeklauseln	466
2. Im Einzelnen ausgehandelte Weitergabeklauseln?	469
III. Inhaltskontrolle von Weitergabeklauseln	473
1. Kontrollfähigkeit von Weitergabeklauseln	474
a) Kontrollfähigkeit dinglicher Weitergabeklauseln	476
aa) Kontrollfähigkeit dinglicher Eintrittsklauseln	476
bb) Kontrollfähigkeit dinglicher Abtretungsklauseln	477
aaa) Gebundenheit der Darlehensgeberrechte ohne dingliche Abtretungsklausel	478
bbb) Auslegung dinglicher Abtretungsklauseln	479
b) Kontrollfähigkeit schuldrechtlicher Weitergabeklauseln	480
aa) Pflichten nach § 241 Abs. 2 BGB – Rechtsvorschriften i. S. d. § 307 Abs. 3 Satz 1 BGB	481
bb) Rechtslagenvergleich betreffend Rücksichtspflichten gemäß § 241 Abs. 2 BGB	483

cc) Auslegungsfragen hinsichtlich schuldrechtlicher Weitergabeklauseln	484
2. Bei der Angemessenheitskontrolle anwendbare Vorschriften	485
3. Angemessenheitskontrolle dinglicher Weitergabeklauseln, § 307 Abs. 2 Nr. 1 BGB	487
a) Angemessenheitskontrolle dinglicher Eintrittsklauseln	488
aa) Grundgedanken des § 415 Abs. 1 Satz 1 BGB analog	491
bb) § 309 Nr. 10 BGB als Gradmesser der Abweichung von den Grundgedanken des § 415 Abs. 1 Satz 1 BGB analog	493
aaa) Beschränkung der Übertragung auf Konsorten	493
bbb) White-List-Beschränkung	495
ccc) Black-List-Beschränkung	496
cc) Stärke der Vorprägung der Unvereinbarkeitsprüfung durch die Abweichung von den Grundgedanken des § 415 Abs. 1 Satz 1 BGB analog	497
dd) Vereinbarkeit mit den Grundgedanken des § 415 Abs. 1 Satz 1 BGB analog	499
aaa) Meinungsstand zur Angemessenheit von Eintrittsklauseln	499
bbb) Würdigung der für die Angemessenheit von Eintrittsklauseln vorgebrachten Argumente	501
ccc) Begründung der Vereinbarkeit dinglicher Eintrittsklauseln mit den Grundgedanken des § 415 Abs. 1 Satz 1 BGB analog	504
(1) Unvermindert fortbestehender schuldrechtlicher Schutz des Darlehensnehmers	505
(2) Transaktionskostenvorteile und erhöhte Zuordnungssicherheit	506
ee) Ergebnis	507

b) Angemessenheitskontrolle dinglicher Abtretungsklauseln	507
4. Angemessenheitskontrolle schuldrechtlicher Weitergabeklauseln, § 307 Abs. 2 Nr. 2 Alt. 2 BGB	509
a) Ausfallgefährdeter Kredit: Unangemessenheit des Übertragendürfens auf einen Loan-to-Own- Investor	512
b) Notleidender Kredit: keine Unangemessenheit des Übertragendürfens auf einen Loan-to-Own- Investor	513
C. Rechtsfolgen bei Unwirksamkeit formularvertraglicher Weitergabeklauseln	514
I. Anwendung der gesetzlichen Vorschriften, § 306 Abs. 2 Alt. 2 BGB	514
II. Keine Unwirksamkeit des gesamten Vertrages, § 306 Abs. 3 BGB	516
D. Ergebnis	517
Kapitel 3: Die Rechtsfolgen eines Schrankenverstosses: pflichtwidrige Ausplatzierung; Pflichtverletzung nach rechtmäßiger Ausplatzierung	519
§ 9 Die Rechtsfolgen pflichtwidriger Ausplatzierung durch den Darlehensgeber	521
A. Rechtsfolgen pflichtwidriger Ausplatzierung im Falle der Abtretung	521
I. Kündigung des Darlehensvertrages aus wichtigem Grund, § 314 Abs. 1 Satz 1 BGB	521
1. Verstoß gegen das Bankgeheimnis	522
2. Verletzung einer zessionsbeschränkenden Rücksichtspflicht	525
a) Vorliegen eines wichtigen Grundes, § 314 Abs. 1 BGB	525
b) Grundsätzliche Erforderlichkeit erfolglosen Ablaufs einer Abhilfefrist oder erfolgloser Abmahnung, § 314 Abs. 2 Satz 1 BGB	526

II. Schadensersatzansprüche	527
1. Anspruch auf Ersatz eines Auflösungsschadens (Schadensersatz statt der Leistung)	527
a) Verletzung einer Pflicht nach § 241 Abs. 2 BGB	528
b) Vertretenmüssen, § 280 Abs. 1 Satz 2 BGB	528
c) Unzumutbarkeit der Leistung, § 282 BGB	529
d) Auflösungsschäden	530
2. Anspruch auf Rückerwerb der abgetretenen Rechte und auf Ersatz der Folgeschäden (Schadensersatz neben der Leistung)	531
a) Anspruch auf Rückerwerb der abgetretenen Rechte	531
aa) Verstoß gegen das Bankgeheimnis	532
bb) Verletzung einer zessionsbeschränkenden Rücksichtspflicht	535
b) Anspruch auf Ersatz der Folgeschäden	536
aa) Verstoß gegen das Bankgeheimnis	538
bb) Verletzung einer zessionsbeschränkenden Rücksichtspflicht	539
3. Exkurs: Grundlage eines Schadensersatzanspruches bei unzulässiger Kündigung	541
B. Rechtsfolgen pflichtwidriger Ausplatzierung im Falle der Ausgründung und im Falle der Vertragsübernahme	543
I. Ausgründung	543
1. Ausgründung der Darlehensgeberrechte	544
2. Ausgründung der Darlehensgebervertragsposition	546
a) Kündigung aus wichtigem Grund gemäß § 314 BGB	546
b) Haftungsfragen – Grundlage der durch die Anteilsübertragung verletzten Pflicht	547
II. Pflichtwidrige Vertragsübernahme – Haftung des originären Darlehensgebers und/oder des Erwerbers	549
C. Ergebnis	551

§ 10 Die Rechtsfolgen einer Pflichtverletzung durch den Zessionar nach rechtmäßiger Ausplatzierung	555
A. Verantwortlichkeit des Darlehensgebers für den Zessionar gemäß § 278 Satz 1 Alt. 2 BGB	555
I. Meinungsstand zur Gehilfenstellung des Zessionars	556
II. Begründung der Gehilfenstellung des Zessionars	557
III. Kein Wegfall der Gehilfenstellung des Zessionars infolge seines Beitritts zu den Darlehensgeberpflichten	559
B. Pflichten des Zessionars gegenüber dem Darlehensnehmer	561
I. Schuldverhältnis zwischen Zessionar und Darlehensnehmer	563
1. Meinungsstand zum Bestehen eines Schuldverhältnisses zwischen Zessionar und Schuldner	563
2. Gebotenheit inhaltsgleicher Rücksichtspflichten des Zessionars gegenüber dem Schuldner	564
3. Begründung inhaltsgleicher Rücksichtspflichten des Zessionars gegenüber dem Schuldner	567
a) Mögliche Begründung: Schuldverhältnis nach § 311 Abs. 2 Nr. 3 oder Abs. 3 Satz 1 BGB zwischen Schuldner und Zessionar	568
b) Vorzugswürdige Begründung: Zessionsschuldverhältnis sui generis	570
4. Ergebnis	571
II. Schuldbeitritt des Zessionars zu den Rücksichtspflichten des Darlehensgebers	572
1. Pflicht des Darlehensgebers zur Mitverpflichtung des Zessionars	572
a) Meinungsstand zu einer Pflicht zur Mitverpflichtung des Zessionars	572
b) Begründung einer Pflicht zur Mitverpflichtung des Zessionars	573
2. Schuldbeitritt des Zessionars zu den Rücksichtspflichten des Darlehensgebers bei fehlender ausdrücklicher Vereinbarung	575
a) Konkludenter Schuldbeitritt des Zessionars?	575

b) Ergänzende Auslegung des Rechtskaufvertrages zwischen Darlehensgeber und Zessionar als Schuldbeitritt	577
aa) Maßgaben ergänzender Vertragsauslegung	577
bb) Rechtsfolgenbetrachtung:	
Lückenfeststellung und -füllung	578
aaa) Rechtsfolgen bei bestehender Gehilfenstellung und Eigenhaftung des Zessionars	578
bbb) Rechtsfolgen bei fehlender Gehilfenstellung und Eigenhaftung des Zessionars	579
C. Ergebnis	580
Zusammenfassung	583
A. Kapitel 1: Die Vorfragen zu den Schranken der Kreditübertragung auf Loan-to-Own-Investoren	583
B. Kapitel 2: Die Schranken der Kreditübertragung auf Loan- to-Own-Investoren	587
C. Kapitel 3: Die Rechtsfolgen eines Schrankenverstößes: pflichtwidrige Ausplatzierung; Pflichtverletzung nach rechtmäßiger Ausplatzierung	596
Schluss	603
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	605
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Quellen des Internets	677

Abkürzungsverzeichnis

ABA	American Bar Association
ABl.	Amtsblatt
ABS	Asset-Backed Securities
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
Abschn.	Abschnitt
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ADHGB	Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch v. 5.6.1869, eingeführt durch: Gesetz, betreffend die Einführung der Allgemeinen Deutschen Wechsel- Ordnung, der Nürnberger Wechsel-Novellen und des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches als Bundesgesetze (BGBl. des Norddeutschen Bundes S. 379)
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
AFR	The Australian Financial Review
AG	Aktiengesellschaft / Amtsgericht / Die Aktiengesell- schaft (Zeitschrift)
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGB-ArbR	AGB-Arbeitsrecht
AGB-Banken	Allgemeine Geschäftsbedingungen der Banken, Stand: September 2021
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allge- meinen Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz) i. d. F. v. 29.6.2000 (BGBl. I S. 946), FNA 402-28
AGB-Sparkassen	Allgemeine Geschäftsbedingungen der Sparkassen, Grundlagen der Geschäftsbeziehung zwischen Kun- de und Sparkasse, Stand: September 2021

AIF	Alternative Investment Fund / Alternativer Investmentfonds
AIFM-UmsG	Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/61/EU über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM-Umsetzungsgesetz – AIFM-UmsG) v. 4.7.2013 (BGBl. I S. 1981)
AK	Alternativkommentar
AKr InsW Köln e. V.	Arbeitskreis für Insolvenzwesen Köln e. V.
AktG	Aktiengesetz v. 6.9.1965 (BGBl. I S. 1089), FNA 4121-1
Aktien- u. GmbH-KonzernR	Aktien- und GmbH-Konzernrecht
AllgVerwR	Allgemeines Verwaltungsrecht
ALR	Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten v. 1.6.1794
Alt.	Alternative
AnfG	Gesetz über die Anfechtung von Rechtshandlungen eines Schuldners außerhalb des Insolvenzverfahrens (Anfechtungsgesetz – AnfG) v. 5.10.1994 (BGBl. I S. 2911), FNA 311-14-2
Anh.	Anhang
AnlV	Verordnung über die Anlage des Sicherungsvermögens von Pensionskassen, Sterbekassen und kleinen Versicherungsunternehmen (Anlageverordnung – AnlV) v. 18.4.2016 (BGBl. I S. 769), FNA 7631-11-6
Anm.	Anmerkung
ANRW	Aufstieg und Niedergang der römischen Welt
Anw.-HdB.	Anwalts-Handbuch
AnwK	Anwaltkommentar
AO	Abgabenordnung (AO) v. 1.10.2002 (BGBl. I S. 3866, 2003 S. 61), FNA 610-1-3
AOTrE	Archiv für Rechtsfälle, die zur Entscheidung des Königlichen Ober-Tribunals gelangt sind

ArbR	Arbeitsrecht
arg.	argumentum
arg. e c.	argumentum e contrario
Art.	Artikel/Article
AT	Allgemeiner Teil
ATV	A. Treuhand- und Verwaltungsgesellschaft mbH
Aufl.	Auflage
Ausg.	Ausgabe
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BAI	Bundesverband Alternative Investments e. V.
Bank- u. BörsR	Bank- und Börsenrecht
Bank- u. KapMR	Bankrecht und Kapitalmarktrecht
BankR-HdB.	Bankrechts-Handbuch
BankR-Komm.	Bankrechts-Kommentar
BAnz	Bundesanzeiger
BauSparkG	Gesetz über Bausparkassen (Bausparkassengesetz – BauSparkG) i. d. F. v. 15.2.1991 (BGBl. I S. 454), FNA 7691-2
BayE	Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs für das Königreich Bayern v. 1861
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BBankG	Gesetz über die Deutsche Bundesbank i. d. F. v. 22.10.1992 (BGBl. I S. 1782), FNA 7620-1
BBl.	Bundesblatt (Schweiz)
BC	Zeitschrift für Bilanzierung, Rechnungswesen und Controlling
Bd.	Band
BdB	Bundesverband deutscher Banken

BDSG	Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) v. 30.6.2017 (BGBl. I S. 2097), FNA 204-4
Bearb.	Bearbeitung
Beck Bil-Komm.	Beck'scher Bilanz-Kommentar
Beck HdB. GmbH	Beck'sches Handbuch der GmbH
Beck HdB. PersG	Beck'sches Handbuch der Personengesellschaften
BeckFormB ZivilR	Beck'sches Formularbuch Zivil-, Wirtschafts- und Unternehmensrecht, Deutsch – Englisch
BeckNotar-HdB	Beck'sches Notar-Handbuch
BeckOGK AktG	beck-online.Großkommentar zum Aktienrecht
BeckOGK BilanzR	beck-online.Großkommentar zum Bilanzrecht
BeckOGK ZivR	beck-online.Großkommentar zum Zivilrecht
BeckOK ArbR	BeckOK Arbeitsrecht
BeckOK Daten- schutzR	BeckOK Datenschutzrecht
BeckOK GG	BeckOK Grundgesetz
BeckOK InsR	BeckOK Insolvenzrecht
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Begr.	Begründer/Begründung
Beil.	Beilage
Beil.-Bd.	Beilagen-Band
ber.	berichtigt
Beschl.	Beschluss
Beyl.	Beylagen
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BG	Bundesgericht (Schweiz)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) i. d. F. v. 2.1.2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), FNA 400-2
BGBL.	Bundesgesetzblatt

BGB-RGRK	Das Bürgerliche Gesetzbuch mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Bundesgerichtshofs
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BLJ	Bucerius Law Journal
BörsG	Börsengesetz (BörsG) v. 16.7.2007 (BGBl. I S. 1330), FNA 4110-10
BörsR	Börsenrecht
BR-Drs.	Drucksache des Bundesrates
Brook. J. Corp. Fin. & Com. L.	Brooklyn Journal of Corporate, Financial & Commercial Law
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT	Besonderer Teil
BT-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestages
BTO	Besonderer Teil Organisation (MaRisk) – Anforderungen an die Aufbau- und Ablauforganisation
BT-PlenProt.	Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages
BuB	Bankrecht und Bankpraxis
Buchst.	Buchstabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BWNotZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis in Baden-Württemberg

BZ	Börsen-Zeitung
bzw.	beziehungsweise
C.	Codex Iustiniani
CC	Code Civil
Cap., cap.	Capitel, caput/capitulum
CDS	Credit Default Swap
CFL	Corporate Finance Law (Zeitschrift)
CMBC	Codex Maximilianeus Bavaricus Civilis v. 1756
CR	Computer und Recht (Zeitschrift)
CRD IV	Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates v. 26.6.2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG (ABl. L 176 S. 338, ber. L 208 S. 73, 2017 L 20 S. 1, 2020 L 203 S. 95, 2020 L 436 S. 77)
CRR	Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 26.6.2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 176 S. 1, ber. L 208 S. 68, L 321 S. 6, 2015 L 193 S. 166, 2017 L 20 S. 3, 2023 L 92 S. 29)
CTh.	Codex Theodosianus
CVA	Company Voluntary Arrangement
D.	Digesta Iustiniani
dass.	dasselbe
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
De J. N. & G.	De jure naturæ et gentium

Del- VO (EU) 2018/171	Delegierte Verordnung (EU) 2018/171 der Kommission v. 19.10.2017 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards bezüglich der Erheblichkeitsschwelle für überfällige Verbindlichkeiten (ABl. 2018 L 32 S. 1)
ders.	derselbe
dies.	dieselbe/dieselben
DIP	Debtor-in-Possession
Diss.	Dissertation
DKS	Deutsche Kreditmarkt-Standards e. V.
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DresdE	Entwurf eines allgemeinen deutschen Gesetzes über Schuldverhältnisse, bearbeitet von den durch die Regierungen von Oesterreich, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Hessen-Darmstadt, Mecklenburg-Schwerin, Nassau, Meiningen und Frankfurt hierzu abgeordneten Commissaren v. 1866 (sog. Dresdner Entwurf)
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Drucks.	Drucksache
DS-GVO	Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 27.4.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 S. 1, ber. L 314 S. 72, 2018 L 127 S. 2, 2021 L 74 S. 35)
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DtZ	Deutsch-Deutsche Rechts-Zeitschrift
DVO (EU) 2021/451	Durchführungsverordnung (EU) 2021/451 der Kommission v. 17.12.2020 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates auf die aufsichtli-

	chen Meldungen der Institute und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 680/2014 (ABl. 2021 L 97 S. 1, ber. 2021 L 136 S. 328, 2021 L 410 S. 201)
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
EBA	European Banking Authority / Europäische Bankenaufsichtsbehörde
ebd.	ebenda
EBIT	Earnings Before Interest and Taxes
Ed.	Edition
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche i. d. F. v. 21.9.1994 (BGBl. I S. 2494; 1997 I S. 1061), FNA 400-1
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch (EGStGB) v. 2.3.1974 (BGBl. I S. 469; 1975 I S. 1916; 1976 I S. 507), FNA 450-16
E I	Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich, Erste Lesung, Ausgearbeitet durch die von dem Bundesrathe berufene Kommission, Amtliche Ausgabe, Berlin und Leipzig 1888 (sog. Erster Entwurf)
E II	Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuchs für das Deutsche Reich, Zweite Lesung, Nach den Beschlüssen der Redaktionskommission, Auf amtliche Veranlassung, Berlin 1895 (sog. Zweiter Entwurf)
E III	Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuchs i. d. F. der dem Reichstag gemachten Vorlage, Berlin 1896, Reichstagsdrucksache Nr. 87 der Session 1895/1897
E II rev.	Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuchs und eines zugehörigen Einführungsgesetzes sowie eines Gesetzes, betreffend Aenderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Civilprozeßordnung, der Kon-

	kursordnung und der Einführungsgesetze zur Civilprozeßordnung und zur Konkursordnung, i. d. F. der Bundesrathsvorlagen, Auf amtliche Veranlassung, Berlin 1898 (sog. Bundesratsvorlage)
E I-RJA	BGB-Entwurf in der Paragraphenzählung des Ersten Entwurfs nach den Beschlüssen der Vorkommission des Reichsjustizamtes, 1891–1893
E I-VorlZust	BGB-Entwurf in der Paragraphenzählung des Ersten Entwurfs nach der „Vorläufigen Zusammenstellung der Beschlüsse der Kommission für die zweite Lesung des Entwurfs eines Bürgerlichen Gesetzbuchs“ von Planck, 1891–1895
E I-ZustRedKom	BGB-Entwurf in der Paragraphenzählung des E I nach der „Zusammenstellung der Beschlüsse der Redaktions-Kommission“ der Zweiten Kommission, 1891–1895
Einl.	Einleitung
e. K.	eingetragener Kaufmann
EL	Ergänzungslieferung
ELTIF-VO	Verordnung (EU) 2015/760 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 29.4.2015 über europäische langfristige Investmentfonds (ABl. L 123 S. 98)
Entsch.	Entscheidung
ErfK	Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht
Erl.	Erlass
ErwGr.	Erwägungsgrund
ESMA	European Securities and Markets Authority
ESUG	Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen v. 7.12.2011 (BGBl. I S. 2582, ber. S. 2800)
et al.	et alii
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union

EURIBOR	Euro Interbank Offered Rate
EuSEF-VO	Verordnung (EU) Nr. 346/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 17.4.2013 über Europäische Fonds für soziales Unternehmertum (ABl. L 155 S. 18)
EuVECA-VO	Verordnung (EU) Nr. 345/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 17.4.2013 über Europäische Risikokapitalfonds (ABl. L 115 S. 1)
EU-WirtschaftsR-HdB	Handbuch des EU-Wirtschaftsrechts
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e. V.	eingetragener Verein
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
EZB	Europäische Zentralbank
f., ff.	folgende
FA	Facility / Facilities Agreement
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FD-InsR	Fachdienst Insolvenzrecht
FG	Festgabe/Finanzgericht
FHH	Freie und Hansestadt Hamburg
Finance	Finance Magazin (Zeitschrift)
FinDAG	Gesetz über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz – FinDAG) v. 22.4.2002 (BGBl. I S. 1310), FNA 7610-15
FK-InsO	Frankfurter Kommentar zur Insolvenzordnung
Fn.	Fußnote
FNA	Fundstellennachweis A
FoRiBG	Gesetz zur Begrenzung der Risiken durch Investmentfonds und zur Umsetzung der Richtlinie

(EU) 2024/927 im Hinblick auf Übertragungsvereinbarungen, Liquiditätsrisikomanagement, die aufsichtliche Berichterstattung, die Erbringung von Verwahr- und Hinterlegungsdienstleistungen und die Kreditvergabe durch alternative Investmentfonds sowie zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/2994 im Hinblick auf die Behandlung des Konzentrationsrisikos, das aus Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien erwächst, und des Ausfallrisikos bei zentral geclearten Derivategeschäften und zur Änderung weiterer Vorschriften (Fondsrisikobegrenzungs-gesetz) v. 9.4.2026 (BGBl. 2026 I Nr. 97)

Form.	Formular
FR	Finanzrundschau (Zeitschrift)
FS	Festschrift
GB	Geschäftsbericht
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.
GesR	Gesellschaftsrecht
GewO	Gewerbeordnung i. d. F. v. 22.2.1999 (BGBl. I S. 202), FNA 7100-1
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland v. 23.5.1949 (BGBl. S. 1), FNA 100-1
GK	Gemeinschaftskommentar
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) i. d. F. v. 20.5.1898 (RGBl. S. 846; BGBl. III), FNA 4123-1
GmbHR	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)
GmbH-StB	GmbH-Steuerberater (Zeitschrift)
Grdl.	Grundlage
Großbuchst.	Großbuchstabe

GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift)
GS	Gedächtnisschrift
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) i. d. F. v. 9.5.1975 (BGBl. I S. 1077), FNA 300-2
GwG	Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GwG) v. 23.6.2017 (BGBl. I S. 1822), FNA 7613-3
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
Habil.	Habilitationsschrift
HambKo-InsR	Hamburger Kommentar zum Insolvenzrecht
HambKo-RestR	Hamburger Kommentar zum Restrukturierungsrecht
HandelsR	Handelsrecht
HB	Handelsblatt
HBON	Handelsblatt Online
H/C/L	Habersack/Casper/Löbbe
HdB.	Handbuch
Hesse	Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs für das Großherzogthum Hessen v. 1853
HfB	Hochschule für Bankwirtschaft, Frankfurt am Main (jetzt: Frankfurt School of Finance & Management)
HGB	Handelsgesetzbuch v. 10.5.1897 (RGBl. S. 219; BGBl. III), FNA 4100-1
HHS	Haarmeyer/Huber/Schmittmann
HK	Handkommentar
HKK	Historisch-kritischer Kommentar
hrsg. v.	herausgegeben von

Hrsg.	Herausgeber
ICLG	International Comparative Legal Guide
i. d. F.	in der Fassung
i. e. S.	im engeren Sinne
IFRS	International Financial Reporting Standards
IMR	Immobilien- und Mietrecht (Zeitschrift)
Inc.	Incorporated
InsO	Insolvenzordnung (InsO) v. 5.10.1994 (BGBl. I S. 2866), FNA 311-13
InsR	Insolvenzrecht
InsR-HdB.	Insolvenzrechts-Handbuch
Inst.	Institutiones Iustiniani
Instit. J. N. & G.	Institutiones juris naturæ et gentium
InvestmentR	Investmentrecht
IRZ	Zeitschrift für Internationale Rechnungslegung
i. S. d.	im Sinne der/des
ISIN	International Securities Identification Number
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinne
JA	Juristische Arbeitsblätter
J. Corp. Fin.	Journal of Corporate Finance
J. Leg. Anal.	Journal of Legal Analysis
JR	Juristische Rundschau
Jur. Nat.	Jus naturæ methodo scientifica pertractatvm
JURA	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
jurisPK-BGB	juris Praxiskommentar BGB
JuS	Juristische Schulung

JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB) v. 4.7.2013 (BGBl. I S. 1981), FNA 7612-3
Kap.	Kapitel
KapMR	Kapitalmarktrecht
KapMStrafR	Kapitalmarktstrafrecht
KE	Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuchs i. d. F. der ersten Beratung der Ersten Kommission, 1884–1887 (sog. Kommissionsentwurf)
KG	Kammergericht/Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
Kgr.	Königreich
KMRK	Kapitalmarktrechts-Kommentar
KMU	Kleinstunternehmen, kleine Unternehmen und mittlere Unternehmen
KöKo AktG	Kölner Kommentar zum Aktiengesetz
KöKo InsO	Kölner Kommentar zur Insolvenzordnung
KöKo UmwG	Kölner Kommentar zum Umwandlungsgesetz
KöKo WpÜG	Kölner Kommentar zum WpÜG
KonzernR	Konzernrecht
KPB	Kübler/Prütting/Bork
krit.	kritisch/kritische/kritischer
Krit. Ueberschau	Kritische Ueberschau der deutschen Gesetzgebung und Rechtswissenschaft (Zeitschrift)
KrZwMFördG	Gesetz zur Förderung geordneter Kreditweitmärkte und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2167 über Kreditdienstleister und Kreditkäufer sowie zur Änderung weiterer finanzrechtlicher Bestimmungen (Kreditweitmärktförderungsgesetz) v. 22.12.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 411)

KrZwMG	Gesetz über den Zweitmarkt für notleidende Kredite und über Kreditdienstleistungsinstitute (Kreditweitmarktgesetz – KrZwMG) v. 22.12.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 411, S. 2), FNA 7610-24
KrZwM-RL	Richtlinie (EU) 2021/2167 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 24.11.2021 über Kreditdienstleister und Kreditkäufer sowie zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2014/17/EU (ABl. L 438 S. 1)
KSzW	Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
KTS	Zeitschrift für Insolvenzrecht
KWG	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz – KWG) i. d. F. v. 9.9.1998 (BGBl. I S. 2776), FNA 7610-1
LAG	Landesarbeitsgericht
L/B/S	Langenbucher/Bliesener/Spindler
Lfg.	Lieferung
LG	Landgericht
lib.	liber
LK	Leipziger Kommentar
LMA	Loan Market Association
LMK	Lindenmaier-Möhring – Kommentierte BGH-Rechtsprechung
LMRR	Lebensmittelrecht Rechtsprechung (Zeitschrift)
LS.	Leitsatz
L&S Fin.	Lending & Secured Finance
LZ	Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht
M&A	Mergers & Acquisitions
MAH AktienR	Münchener Anwaltshandbuch Aktienrecht

MAH BankR	Münchener Anwaltshandbuch Bank- und Kapitalmarktrecht
MAH GmbHR	Münchener Anwaltshandbuch GmbH-Recht
MAH Insolvenz	Münchener Anwaltshandbuch Insolvenz und Sanierung
MAH PersGesR	Münchener Anwaltshandbuch Personengesellschaftsrecht
MAR	Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 16.4.2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung) und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 2003/124/EG, 2003/125/EG und 2004/72/EG der Kommission (ABl. L 173 S. 1, ber. 2016 L 287 S. 320, L 348 S. 83)
MaRisk	Rundschreiben 06/2024 (BA) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht v. 29.5.2024, Mindestanforderungen an das Risikomanagement – MaRisk
MarktmissbrauchsR	Marktmissbrauchsrecht
MB	Merkblatt
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
m. E.	meines Erachtens
MHdB GesR	Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts
MHLS	Michalski/Heidinger/Leible/J. Schmidt
Mich. L. Rev.	Michigan Law Review
Mio.	Million/Millionen
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern (Zeitschrift)
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG) v. 23.10.2008 (BGBl. I S. 2026)
Mot.	Motive zu dem Entwurfe eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich

Mrd.	Milliarde
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MüKoAktG	Münchener Kommentar zum Aktiengesetz
MüKoAnfG	Münchener Kommentar zum Anfechtungsgesetz
MüKoBGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MüKoBilanzR	Münchener Kommentar zum Bilanzrecht
MüKoHGB	Münchener Kommentar zum Handelsgesetzbuch
MüKoInsO	Münchener Kommentar zur Insolvenzordnung
MüKoStGB	Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch
MüKoVVG	Münchener Kommentar zum Versicherungsvertragsgesetz
MüKoZPO	Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung
Nat.- u. VölkerR	Natur- und Völker-Rechte
n. Chr.	nach Christi Geburt
n. F.	neue Fassung
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungsreport
NJW-Spezial	Neue Juristische Wochenschrift Spezial
NK-BBankG	Nomos Kommentar Bundesbankgesetz
NK-BGB	Nomos Kommentar BGB
NK-StGB	Nomos Kommentar Strafgesetzbuch
NK-UmwR	Nomos Kommentar Umwandlungsrecht
N. N.	nomen nescio
No.	Numero
Nomos-BR FinDAG	Nomos Bundesrecht Erläuterungen Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz

Nomos-BR VAG	Nomos Bundesrecht Erläuterungen Versicherungs- aufsichtsgesetz
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beur- kundungspraxis
NOZ	Neue Osnabrücker Zeitung
NPE	Non-Performing-Exposure
NPL	Non-Performing-Loan
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	Neue Zeitschrift für Strafrecht Rechtsprechungs- report
NV	naamloze vennootschap
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWZonline	Nordwest-Zeitung (online)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-Beil.	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht Beilage
NZA-RR	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht Rechtsprechungs- report
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht
NZI-Beil.	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht Beilage
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
OAG	Oberappellationsgericht
OGAW	Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapie- ren
OGAW-V-UmsG	Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/91/EU des Europäischen Parlaments und des Ra- tes v. 23.7.2014 zur Änderung der Richtli-

	nie 2009/65/EG zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) im Hinblick auf die Aufgaben der Verwahrstelle, die Vergütungspolitik und Sanktionen v. 3.3.2016 (BGBl. I S. 348)
OGH	Oberster Gerichtshof für die Britische Zone
o. J.	ohne Jahr
OLG	Oberlandesgericht
OR	Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) v. 30.3.1911 (BBl. 1905 II 1, 1909 III 725, 1911 I 845), AS 27 317
OTr	Preußisches Obertribunal
o. V.	ohne Verfasser
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) i. d. F. v. 19.2.1987 (BGBl. I S. 602), FNA 454-1
p. a.	per annum
PachtkredG	Pachtkreditgesetz v. 5.8.1951 (BGBl. I S. 494), FNA 7813-1
PE	Private Equity
PG	Prütting/Gehrlein
PL	Performing-Loan
plc	Public Limited Company
PPP	Prudent Person Principle
pr.	principium (Anfang)
Prot. II	Protokolle der Kommission für die zweite Lesung des Entwurfs des Bürgerlichen Gesetzbuchs
PRSV	Pape/Reichelt/Schultz/Voigt-Salus
PWW	Prütting/Wegen/Weinreich

RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdE	Recht der Energiewirtschaft (Zeitschrift)
RdF	Recht der Finanzinstrumente (Zeitschrift)
RdTW	Zeitschrift für das Recht der Transportwirtschaft
RedVorl	Redaktionsvorlage
RegE	Regierungsentwurf
Rep.	Repertorium des gesamten positiven Rechts der Deutschen
RG	Reichsgericht
RGVZ	Reichsgericht Vereinigte Zivilsenate
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RHdB.	Rechtshandbuch
Risikobegrenzungs- gesetz	Gesetz zur Begrenzung der mit Finanzinvestitionen verbundenen Risiken (Risikobegrenzungs- gesetz) v. 12.8.2008 (BGBl. I S. 1666)
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
RSI	Restrukturierung, Sanierung, Insolvenz
RV	Rahmenvereinbarung
RVG	Gesetz über die Vergütung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte (Rechtsanwaltsvergütungsgesetz – RVG) i. d. F. v. 15.3.2022 (BGBl. I S. 610), FNA 368-3
RW	Rechtswissenschaft (Zeitschrift)
S.	Seite
SA	Société Anonyme
SachenR	Sachenrecht
SächsBGB	Bürgerliches Gesetzbuch für das Königreich Sachsen v. 2.1.1863 (GVBl. S. 1 ff.)

SächsBGB-EinfVO	Verordnung, die Ein- und Ausführung des bürgerlichen Gesetzbuchs für das Königreich Sachsen betreffend v. 9.1.1865 (GVBl. S. 1 ff.)
SBL	Schimansky/Bunte/Lwowski
SBR	Schmalenbach Business Review
SchVG	Gesetz über Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen (Schuldverschreibungsgesetz – SchVG) v. 31.7.2009 (BGBl. I S. 2512), FNA 4134-4
SchVR	Schuldverschreibungsrecht
scil.	scilicet
SE	Societas Europaea
SEC	US Securities and Exchange Commission
Sec.	Section
sect.	sectio
SeuffBl.	Doktor J. A. Seuffert's Blätter für Rechtsanwendung (Zeitschrift)
sog.	sogenannter/sogenannte/sogenanntes
Solvency II-RL	Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 25.11.2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II) (ABl. L 335 S. 1, ber. 2014 L 219 S. 66)
Sonderbeil.	Sonderbeilage
SPL	Sub-Performing-Loan/Sub-Performing-Loans
SSD	Schuldscheindarlehen
St.	Stellungnahme
StaRUG	Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen (Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz – StaRUG) v. 22.12.2020 (BGBl. I S. 3256), FNA 311-20
StaRUG-E	Entwurf des Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetzes

StGB	Strafgesetzbuch (StGB) i. d. F. v. 13.11.1998 (BGBl. I S. 3322), FNA 450-2
StPO	Strafprozeßordnung (StPO) i. d. F. v. 7.4.1987 (BGBl. I S. 1074, ber. S. 1319), FNA 312-2
StUmgBG	Gesetz zur Bekämpfung der Steuerumgehung und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften (Steuerumgebungsbekämpfungsgesetz – StUmgBG) v. 23.6.2017 (BGBl. I S. 1682)
swp	Südwest Presse
Syst.	Systematisierung
Syst. Darst.	Systematische Darstellung
SZGerm	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte / Germanistische Abteilung
T.	Teil/Theil
TE-OR	Teilentwurf zum Obligationenrecht des Redaktors von Kübel v. 1882
TE-OR-Vorlage 1877	Vorlage des Redaktors von Kübel zum Zessionsrecht v. 1877
TFM	Ticaret ve Fikri Mülkiyet Hukuku Dergisi – Journal of Commercial and Intellectual Property Law (Zeitschrift)
Tit., tit.	Titel, titulus
TOP	Tagesordnungspunkt
u.	und
u. a. O.	und andere Orte
UBGG	Gesetz über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften (UBGG) v. 9.9.1998 (BGBl. I S. 2765), FNA 4126-1
UCLA L. Rev.	University of California, Los Angeles Law Review
UKlaG	Gesetz über Unterlassungsklagen bei Verbraucherrechts- und anderen Verstößen (Unterlassungskla-

	engesetz – UKlaG) i. d. F. v. 27.8.2002 (BGBl. I S. 3422, ber. S. 4346), FNA 402-37
UmwG	Umwandlungsgesetz (UmwG) v. 28.10.1994 (BGBl. I S. 3210, ber. 1995 I S. 428), FNA 4120-9-2
UmwG-ÄndG-II	Zweites Gesetz zur Änderung des Umwandlungsgesetzes v. 19.4.2007 (BGBl. I S. 542)
UmwR	Umwandlungsrecht
Unterabs.	Unterabsatz
U. Pa. L. Rev.	University of Pennsylvania Law Review
Urt.	Urteil
U.S.C.	United States Code
usw.	und so weiter
UTP	Unlikely-to-pay
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) i. d. F. v. 3.3.2010 (BGBl. I S. 254), FNA 43-7
v.	von/vom
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz – VAG) v. 1.4.2015 (BGBl. I S. 434), FNA 7631-11
Var.	Variante
VC	Venture Capital
v. Chr.	vor Christi Geburt
vdp	Verband deutscher Pfandbriefbanken
Verh.	Verhandlung
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
VertrR Komm.	Vertragsrecht Kommentar
VertrR	Vertragsrecht
VerwR	Verwaltungsrecht
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche

VO	Verordnung
Vol.	Volume
VuR	Verbraucher und Recht (Zeitschrift)
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz – VVG) v. 23.11.2007 (BGBl. I S. 2631), FNA 7632-6
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) i. d. F. v. 23.1.2003 (BGBl. I S. 102), FNA 201-6
Wash. U. L. Rev.	Washington University Law Review
WBA	Weitnauer/Boxberger/Anders
WKN	Wertpapierkennnummer
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WpHG	Gesetz über den Wertpapierhandel (Wertpapierhandelsgesetz – WpHG) i. d. F. v. 9.9.1998 (BGBl. I S. 2708), FNA 4110-4
WpHR	Wertpapierhandelsrecht
WPS	Working Paper Series
WpÜG	Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz (WpÜG) v. 20.12.2001 (BGBl. I S. 3822), FNA 4110-7
WpÜG-AV	Verordnung über den Inhalt der Angebotsunterlage, die Gegenleistung bei Übernahmeangeboten und Pflichtangeboten und die Befreiung von der Verpflichtung zur Veröffentlichung und zur Abgabe eines Angebots (WpÜG-Angebotsverordnung) v. 27.12.2001 (BGBl. I S. 4263), FNA 4110-7-3
WStBG	Gesetz zur Beschleunigung und Vereinfachung des Erwerbs von Anteilen an sowie Risikopositionen von Unternehmen des Finanzsektors durch den Fonds „Finanzmarktstabilisierungsfonds – FMS“ und der Realwirtschaft durch den Fonds „Wirtschaftsstabilisierungsfonds – WSF“ v. 17.10.2008 (Wirtschaftsstabilisierungsbeschleunigungsgesetz – WStBG) (BGBl. I S. 1982), FNA 660-4

WuB	Entscheidungsanmerkungen zum Wirtschafts- und Bankrecht
WW	Wirtschaftswoche (Zeitschrift)
z. B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
Zeitschr. f. Zivilr. u. Proz.	Zeitschrift für Civilrecht und Prozeß
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfgK	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZfRpfluVerw.	Zeitschrift für Rechtspflege und Verwaltung, zunächst für das Königreich Sachsen
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZGS	Zeitschrift für Vertragsgestaltung, Schuld- und Haftungsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenz- und Sanierungsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZPO	Zivilprozessordnung i. d. F. v. 5.12.2005 (BGBl. I S. 3202; 2006 I S. 431; 2007 I S. 1781), FNA 310-4
ZRI	Zeitschrift für Restrukturierung und Insolvenz
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
zugl.	zugleich
zust.	zustimmend

ZustOR	Zusammenstellung der sachlich beschlossenen Bestimmungen des Obligationenrechts nach den Beschlüssen des Redaktionsausschusses der Ersten Kommission, 1882–1884
ZVI	Zeitschrift für Verbraucher-, Privat- und Nachlassinsolvenz
ZVR	Zwangsvollstreckungsrecht